



Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl. Gießen: Internationales Forschungsprojekt „Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl“, 14.12.2009-15.12.2009.

Reviewed by Rayk Einax

Published on H-Soz-u-Kult (January, 2010)

Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl

Der Vorstellung des Gießener Zentrums Ästliches Europa (GiZO) durch MONIKA WINGENDER folgte die kurze Vorstellung der Forschungsgruppe durch THOMAS M. BOHN (ebenfalls Gießen). âPolitik und Gesellschaft nach Tschernobylâ ist Bestandteil des FÄ¶rderprogramms âEinheit in der Vielfalt. Grundlagen und Voraussetzungen eines erweiterten Europasâ der VolkswagenStiftung. Folgende Institutionen sind daran beteiligt: das Zentrum fÄ¶r Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF), die Justus-Liebig-UniversitÄ¶t Gießen (JLU), die EuropÄ¶ische Humanistische UniversitÄ¶t Vilnius/Minsk (EHU) und die Ukrainische NationaluniversitÄ¶t Kievo-Mohyla Akademie (NaUKMA).

Die Moderation der anschließenden BeitrÄ¶ge Ä½bernahm Melanie Arndt (Potsdam). Als erstes referierte JURIJ SHERBAK (Kiew) aus eigenem Erleben Ä½ber die Ereignisse vom FrÄ½hjahr 1986 sowie Ä½ber die daraus ableitbaren Lehren fÄ¶r die gesamte Menschheit. Die bislang grÄ¶Ùte nukleare Katastrophe sei zwar Ursache vieler entsetzlicher FolgeschÄ¶den am Ort des Geschehens, das Gefahrenpotential sei hingegen von absolut globaler Relevanz. Da praktisch ganz Europa (und andere Kontinente) direkt vom radioaktiven Fallout betroffen waren, stelle sich neben der gegenseitigen militÄ¶rischen Bedrohung weltweit die Frage der weiteren Nutzung von Atomenergie bzw. der Reaktorsicherheit. Dazu zÄ¶hlten explizit die Informationspolitik gegenÄ½ber der BevÄ¶lkerung, der RÄ½ckgriff auf erneuerbare Energieressourcen und die Bewahrung der Umwelt.

Als nÄ¶chstes verknÄ¶pfte ALIAKSANDR DALHOUSKI (Gießen) die staatliche Kompensationspolitik nach der Reaktorkatastrophe mit den Forderungen aus der BevÄ¶lkerung, so wie sie in Form schriftlicher Eingaben in weiÄ¶russischen Archiven aufzufinden sind. ZunÄ¶chst habe die UntÄ¶tigkeit der SowjetbehÄ¶rden, die im Widerspruch zu den wohlfeilen Reden Gorbatschows von Glasnost und Perestroika stand, dafÄ¶r gesorgt, dass die Menschen aktiv wurden und mit Hilfe des Petitionswesens die staatliche Hilfe fÄ¶r sich einforderten. Dabei seien die Verfasser der Beschwerden nach spezifischen, vor allem geografisch auffÄ¶lligen Interessengruppen zu klassifizieren. Den Zeitraum von 1986 bis 1991 teilt Dalhouski darÄ½ber hinaus in verschiedene Protestphasen ein. In der folgenden Diskussion war vor allem umstritten, ab wann die politische Opposition in der Belarussischen Sowjetrepublik ihr Ä¶kologisches Bewusstsein entdeckt, das heiÄ¶t das Thema Tschernobyl thematisiert habe; erst 1989 oder bereits zuvor?

TATIANA KASPERSKI (Vilnius) widmete sich in ihrem Vortrag der Frage, wie oder inwiefern die staatliche Informationspolitik die Erinnerung und die alltÄ¶glichen Praktiken der Betroffenen nach der Tschernobyl-Katastrophe beeinflusst hat. Ihre Untersuchungsobjekte waren im Wesentlichen spezielles Kartenmaterial der Belarus, das erst ab 1989 landesweit den Kontaminationsgrad anzeigte, sowie diverse SchulbÄ¶cher und -hefte, in denen Angaben zum Thema Radiologie etc. gemacht wurden. AuffÄ¶llig sei dabei vor allem, dass die Havarie bis heute von Seiten der Machthaber fatalistisch als Schicksalsschlag prÄ¶sentierte werde, der das Land heim-

gesucht habe, ohne dass die politische Verantwortung der damaligen Entscheidungsträger oder das Thema Kernenergie umfassend diskutiert bzw. dargestellt werde. Das Alltagsleben der Bevölkerung sei dagegen zunächst von einem hohen Maß komplexer Regeln und Einschränkungen geprägt gewesen, die inzwischen aber kaum noch befolgt würden. Diese seien dennoch in den individuellen Erinnerungen weitestgehend dominant geblieben.

Zum Abschluss des Tages präsentierte EVGENIA IVANOVA (Vilnius) aus feministischer Perspektive eine Kritik an westlich-liberalen Vorstellungen zur Staatsbürgerschaft. Die Diskurse schrieben zwar Gleichheit, Emanzipation, Freiheit, Menschenrechte usw. fest, enthielten aber keine expliziten Gender-Konzepte. Hierdurch ergäbe sich ein Widerspruch zwischen den rolleprägten Erwartungen des Staates bzw. der Gesellschaft an seine Angehörigen und den Bedürfnissen der weiblichen (Staats-)Bürger. Ihr „Körper“, das heißt dessen spezifische Rolle, werde in der Öffentlichkeit in aller Regel ausgeblendet. Darin gleiche der gesellschaftliche Diskurs den öffentlichen Diskussionen in der Belarus nach Tschernobyl.

Am nächsten Morgen übernahm Stefan-Ludwig Hoffmann (Potsdam) die Diskussionsleitung. Als erste trug MELANIE ARNDT zur Vernetzung zivilgesellschaftlicher Tschernobyl-Initiativen in Deutschland und der Belarus vor. Diese erstreckten sich vor allem auf die Aufnahme weißrussischer Kinder aus den verseuchten Gebieten zur Erholung in der Bundesrepublik sowie auf die Lieferung von Hilfsgütern. Ein Movers für das deutsche Engagement sei in der Abtragung historischer Schuld zu suchen. Im Mittelpunkt der Analyse standen somit der Wissens- und Ressourcentransfer und die beiderseitigen Auswirkungen auf die sogenannte „Zivilgesellschaft“. Dabei ließen sich aber nicht immer nur positive Befunde konstatieren, seien es zum einen Viktimisierungsprozesse auf belarussischer, oder der mitunter blindwütige Aktionismus von deutscher Seite.

Nachfolgend erläuterte ANDREJ STEPANOV (Vilnius) die Auswirkungen des GAUs auf den öffentlichen Diskurs innerhalb der Belarus. Die politischen und sozialen Folgen mussten ja schließlich auch Einfluss auf das Entstehen politischer Bewegungen in der Sowjetrepublik nehmen und die Nuklearpolitik des später unabhängigen Landes determinieren. Im Zuge dieses Prozesses habe sich „Tschernobyl“ in mehreren Phasen zu einer politisierten Chiffre entwickelt, welche im Parlament, unter Forschern und NGOs eifrig diskutiert

und instrumentalisiert worden sei. Gleichzeitig unterlagen Begriffe und Paradigmen ihrerseits einem Wandel. Knackpunkt in der öffentlichen Wahrnehmung seien allerdings die jeweilige Herkunft der Informationen und der persönlichen bzw. familiäre Erfahrungshintergrund gewesen. Den (vorläufigen) Schlusspunkt der „Tschernobyl-Politik“ der Regierung Lukašenka stelle der 2008 beschlossene Bau eines neuen Atomkraftwerkes dar, worauf das Regime bereits seit Ende der 1990er-Jahre diskursiv hingearbeitet habe.

Zu guter Letzt stellte ANASTASIA LEUCHINA (Kiew) die mit Tschernobyl einsetzende Entwicklung unabhängiger ukrainischer Umweltbewegungen vor. Im Mittelpunkt ihres Referates standen die Charakterisierung einzelner Gruppen, deren Interaktion mit dem (sozialistischen) Staat, sowie die zunehmende Politisierung, Professionalisierung und gegenseitige Vernetzung der Initiativen. Auch hierbei ließen sich verschiedene Dynamiken und Phasen in den Aktivitäten beobachten. Leider hätten die heute noch tätigen NGOs keine nachhaltigen Einflüsse auf die ukrainische Politik erzielen können. Darin glichen sie den Aktivisten in den anderen betroffenen Staaten (Russland, Belarus).

In einem Abendvortrag thematisierte ASTRID SAHM (Minsk) mit Blick auf den anstehenden 25. Jahrestag das Potential der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, zum Bestandteil einer „zuvor definierten“ europäischen Erinnerungskultur zu werden. Methodisch beinhaltet dies vor allem das gemeinsame Erinnern und die Aufarbeitung historisch strittiger Themen im gegenseitigen Diskurs, wenn auch die Wahrnehmung je nach Land differieren möge. Das Ziel läge in der Überwindung geschichtspolitischer Antagonismen, die nicht nur zwischen West und Ost bestünden, sondern auch untereinander vielfach fragmentiert seien. Selbst wenn es momentan en vogue ist, so sei doch „Tschernobyl“ in Anbetracht der damaligen öffentlichen Anteilnahme, darunter in vielen westeuropäischen Ländern, durchaus dafür prädestiniert, Eingang in ein plurales, demokratisches und ziviles „europäisches Gedächtnis“ zu finden. Die nachfolgende Diskussion knüpfte im wesentlichen an den Begriff des „Erinnerungsortes“ von Pierre Nora an, erläuterte die Bedeutung der Metapher „Tschernobyl“ im Zeitalter des dramatischen globalen Klimawandels und der Suche nach umweltschonenden Energien, und sprach den heutigen Opferdiskurs in der Republik Belarus an.

Der Workshop bot in weiten Teilen Anlass, auf der Basis von neuem Archivmaterial und historisch-

sozialwissenschaftlichen Konzepten zu diskutieren, und damit eigene Sichtweisen zu überprüfbar machen. Es ging weniger darum, feststehende Schlüsse vorzutragen. Bei aller Heterogenität der Themenauswahl lässt sich die Zusammenkunft daher als wissenschaftliche und methodische Anregung verbuchen. Ihre schriftlichen Ergebnisse werden hoffentlich nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Konferenzübersicht:

Jurij Sherbak (Kiew): Chernobyl 23 years after: lessons for mankind

Aliaksandr Dalhouski (Gießen): State politics concerning Chernobyl an written protest 1986-1991

Tatiana Kasperski (Vilnius): Reconstructing memory of the Chernobyl disaster through everyday practices and

power relations in the contaminated areas in Belarus

Evgenia Ivanova (Vilnius): Citizenship: the feminist critique

Melanie Arndt (Potsdam): Children of Chernobyl. The interconnection of civil-society initiatives in Germany and Belarus

Andrej Stepanov (Vilnius): The politics of Chernobyl Discourse

Anastasia Leuchina (Kiew): Development of Ukrainian Environmental NGOs After Chernobyl: Trends and Issues

Astrid Sahm (Minsk): Die Katastrophe von Tschernobyl im Kontext einer europäischen Erinnerungskultur

If there is additional discussion of this review, you may access it through the network, at:

<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/>

Citation: Rayk Einax. Review of , *Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl*. H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. January, 2010.

URL: <http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=29409>

Copyright © 2010 by H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact H-SOZ-U-KULT@H-NET.MSU.EDU.